

w 106 - d r i n g e n d

kreisky: zu us-protest gegen Freihandelszone mit ewg
w i e n , 8.11. (apa) - zu dem amerikanischen protest beim
gemeinsamen markt gegen eine oeffnung der erweiterten gemein-
schaft zu einer Freihandelszone mit den nicht beitragswilligen
efta-mitgliedern insbesondere den neutralen nahm bundeskanzler
dr. bruno kreisky heute auf eine anfrage in seiner presse-
konferenz stellung. man muesse die vereinigten staaten auf
verschiedene konsequenzen aufmerksam machen, die sich aus einer
diskriminierung gerade der verlaesslichsten demokratischen

...

... demokratischen

staaten in wirtschaftlicher hinsicht ergeben und solle mit festig-
keit den eigenen politischen standpunkt vertreten.

dr. kreisky erinnerte daran, dass die vereinigten staaten
nie der freund einer Freihandelszonenloesung waren und damit
auch keine freunde der efta. er habe sich aber nicht erwartet,
dass die usa in so spektakulaerer form gegen die vier neutralen
intervenieren wuerden und fand dies 'erstaunlich'. wenn man die
neutralen zu aussenseitern der vergroesserten ewg macht, die
dann auch nicht mehr den grossen efta-markt haben werden, wenn
man bedenkt, dass sie ausserdem noch mit ihren exporten die
zehnprozentige us-importabgabe ueberspringen muessen, dann be-
deutet das im falle oesterreichs eine diskriminierung der exporte
im ausmass von 60 bis 65 prozent.

es sei eine illusion zu meinen, man koenne die neutralen so
weit bringen, dass sie ihre vorbehalte eine mitgliedschaft beim
gemeinsamen markt sei mit ihrer neutralitaet nicht vereinbar auf-
geben. dr. kreisky gab der hoffnung ausdruck, dass die ewg sich
darueber klar sein werde und dass die vier neutralen auch zu europa
gehoeeren und dass man ihnen die moeglichkeit an einer sukzessiven
integration geben muss, um nicht disproportionen in der wirt-
schaftlichen entwicklung europas zu schaffen.

auch bei der gruendung der efta habe man wohl gewusst, dass
die vereinigten staaten diesem vorhaben gegenueber nicht sehr
positiv eingestellt waren. es muessen eben sinnvolle gespraechе
gefuehrt werden und es sei zu ueberlegen, ob solche gespraechе
nicht von oesterreichischer seite initiiert werden
sollen. (schluss) dr